

Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Frankfurt, 12. Januar 2011

„Feindbilder ins Abseits“ – Polizei, Fans, Verbände
und Vereine im Dialog“

Statement des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut

Am 15. Mai 2009 haben Experten und Praktiker auf dem Symposium „Fußball und Gewalt“ der Gewerkschaft der Polizei im Olympiastadion in Berlin ein realitätsnahes und daher eindrucksvolles Bild der polizeilichen Anforderungen und den physischen und psychischen Belastungen vermitteln können, die Fußballeinsätze mit sich bringen. Und in der Tat: Die Fakten sprechen für sich.

So hat allein im Fußballgeschehen die Einsatzbelastung der Polizeien der Länder und des Bundes in der Saison 2008/2009 einen Rekordwert von über 1,5 Millionen Einsatzstunden erreicht. Das entspricht der Jahresarbeitszeit von 1.174 Polizeibeamten und -beamtinnen. Bei Einsätzen rund um den Fußball hat es in den letzten neun Jahren einen Anstieg von rund 600.000 Arbeitsstunden gegeben. In der Saison 2008/2009 mussten also gegenüber der Saison 2000/2001 460 Polizeibeamte mehr eingesetzt werden, die, rein statistisch, nicht anderes machen, als von morgens bis abends und das ganze Jahr über problematische Fangruppen zu begleiten.

Ein Ende dieser wachsenden Einsatzbelastung ist nicht in Sicht. Die Vergleichsdaten für die Saison 2009/2010 liegen uns noch nicht vor.

Ein Blick allein auf die Begegnungen in der Bundesliga spricht jedoch Bände. So waren bei den 306 Spielen der 1. Bundesliga in der Saison 2008/2009 537.000 Einsatzstunden zu erbringen, in der Saison 2009/2010 574.000. In der 2. Bundesliga erhöhte sich die Zahl der Einsatzstunden bei 306 Spielen von 292.000 Einsatzstunden in der Saison 2008/2009 auf 409.000 Einsatzstunden in der Saison 2009/2010. Nicht unwesentlich dazu beigetragen hatte in dieser Saison der Aufsteiger Fortuna Düsseldorf. Düsseldorf mit seinem Ambiente und vor allem der Kneipenkonzentration in der Düsseldorfer Altstadt wurde zu einem beliebten Reiseziel auswärtiger Fans. Genau diese Entwicklung führte hingegen in der 3. Liga bei 380 Spielen zu einem merkbaren Rückgang nämlich von 336.000 Einsatzstunden in der Saison 2008/2009 auf 259.000 Einsatzstunden in der Saison 2010.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190

So viel steht fest: Für die Polizei ist das Limit erreicht. Nicht nur, was die Belastung der einzelnen Kolleginnen und Kollegen betrifft, die kein freies Wochenende mehr haben, sondern was die personellen polizeilichen Ressourcen überhaupt betrifft.

In nahezu allen Bundesländern liegen aufgrund der Haushaltssituation Pläne für einen weiteren Personalabbau in den Schubladen. Einige werden künftig nicht mehr in der Lage sein, einen größeren Einsatz ohne Unterstützungskräfte aus anderen Bundesländern überhaupt zu leisten. Ein solcher Kandidat ist das Land Brandenburg, das die Polizei reduziert, die Fußballszene aber um einige besonders prekäre Vereine bereichert hat. Bundesländer, die wie Nordrhein-Westfalen, von einer restriktiven Personalpolitik durch erhöhte Einstellungszahlen nicht zuletzt aufgrund der überzeugenden Argumente der Gewerkschaft der Polizei längst Abstand genommen haben, haben hier das Nachsehen, da sie unaufhörlich Unterstützung über die Landesgrenzen hinaus leisten müssen.

Den gewaltigen Anstieg an Polizeieinsätzen hat nicht der Fußballsport zu verantworten. Der Deutsche Fußballbund, die Deutsche Fußballliga und die Vereine bemühen sich nach Kräften, die Stadien und den Spielbetrieb sicherer zu machen. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen spielen sich überwiegend am Rande von Fußballbegegnungen auf öffentlichem Boden und dem Schienennetz ab.

Dass der Fußball für gewaltbereite Gruppen oft nur eine Nebenrolle spielt, zeigt ein Ereignis vor wenigen Wochen: Per Telefon verabredeten sich drei Gruppen in der Nacht zum 28. November vergangenen Jahres vor dem Moselstadion in Trier. Mit einem Großaufgebot konnte die Polizei die Massenschlägerei von rund 40 Personen vor dem leeren Stadion verhindern, die zum Teil aus Gelsenkirchen und Koblenz angereist waren. Dieses Phänomen ist in England bereits bekannt. Nach dem Vorbild so genannter „Firms“-Gruppierungen verabredet man sich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die nicht einmal am Rande von Fußballspielen stattfinden sollen, sondern dort, wo überhaupt nicht gespielt wird.

Am Fußball macht sich eine Gewaltentwicklung fest, die in unserer Gesellschaft zu lange ignoriert oder verharmlost wurde. Deshalb ist es eine unsinnige Forderung, die Vereine mit den Kosten der Polizeieinsätze zu belasten. Wer glaubt, dass eine Sonder-Sicherheitsabgabe von Fußballvereinen angesichts der äußerst leeren Staatskassen und angesichts der massiv zupackenden Schuldenbremse tatsächlich der Polizei zu Gute käme, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten. Nein, diese Forderung ist politisch unsinnig und juristisch falsch, denn unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung müssten alle Veranstalter zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Auch Bürgerfeste, Weinfeste, Herbstfeste und andere gesellschaftliche Veranstaltungen leiden mittlerweile unter Gewalteskalationen und benötigen nicht selten zusätzlichen Polizeischutz. Da verabredet sich ein gewalttätiger Mob per Handy oder Internet, irgendwo und nur so zum Spaß so ein Fest zu überfallen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 190

Es wäre allerdings verfehlt, die seit den 60er Jahren berühmt gewordenen sogenannten „gesamtgesellschaftlichen Ursachen“ verantwortlich zu machen und sich entspannt zurückzulehnen.

Das Fußballgeschehen ist nicht die Ursache, aber es kristallisiert diese gesellschaftlichen Erscheinungen, die sich natürlich auch an den 1,7 Millionen Fußballspielen jährlich festmachen und uns alle zu Konsequenzen zwingen. Für die Polizei habe ich den Wendepunkt markiert: mehr personelles Engagement können wir nicht leisten. Es ist ohnehin die Frage, ob es nicht eine Zumutung ist, dem normalen Bürger, der mit seinen Steuern die Polizei bezahlt und der ein Recht auf innere Sicherheit hat, weiterhin jährlich ein- einhalb Millionen Einsatzstunden „seiner“ Polizei vorzuenthalten.

Deshalb bleiben die Forderungen der GdP weiterhin auf der Agenda, aus denen ich einige Schwerpunkte zitiere:

- Entzerrung der Spielpläne durch Rücksichtnahme auf feststehende und flexible Termine und Reaktion auf kurzfristig auftretende Situationen/Terminkollisionen – notfalls bis zur Spielabsage.
- Konsequente Durchsetzung der Sicherheitsvorschriften aus den Sicherheitsrichtlinien auch bei unteren Ligen (4. + 5).
- Stadionverbote müssen einheitlich gehandhabt werden – auch in klassentiefere Ligen. Stadionverbote sollten verstärkt zu Transportverboten der Deutschen Bahn führen.
- Ausbau der Fanbetreuung auch bei Vereinen in niedrigeren Ligen – auch mittels finanzieller Unterstützung DFB (oder DFL – da Vereine der 1., 2. und auch 3. Liga Interesse daran haben müssen, dass Fußball kein negatives Image erhält).
- Vereine müssen animiert werden, entschiedener gegen Gewalttäter vorzugehen.
- Zuverlässigkeit der Ordnungsdienste in unteren Ligen sicherstellen.
- Einwirken auf Politiker, dass genügend qualifiziertes Personal vorgehalten wird, um Einsatzgeschehen inklusive Fußballeinsätze sicherzustellen.
- Einwirken auf die Justizminister der Länder, ausreichend Personal bereitzustellen, um Problemspiele zu begleiten und eine schnelle Reaktion auf Straftaten (Haftbefehle) sicherzustellen.
- Das Nationale Konzept Sport und Sicherheit muss häufiger mit den polizeilichen Gefahrenprognosen abgeglichen werden.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 190

Meine Damen und Herren,

zunehmend erreichen uns Klagen und Beschwerden von Bürgern, die sich auf bestimmten Routen am Wochenende kaum noch trauen, Fern- und Nahverkehrszüge der Bahn zu benutzen. Viele hatten schon das Erlebnis, dass sich das viel beworbene „Schöne-Wochenende-Ticket“ als Eintrittskarte zu einer Dschungelcamp-Aufzeichnung mit versteckter Kamera entpuppte, wenn sie unvermittelt in einen Fußballfan-Transfer gerieten.

Daher fordern wir eine bessere Berücksichtigung der Reisewege von Fans bei Spielbetrieb/-plan. Auch sollten ausschließlich Kombitickets für den Stadionbesuch und die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ausgegeben werden. Das soll verhindern, dass statt eingesetzter Sonderzüge mittels Sonderangeboten der Bahn die Regelzüge genutzt werden. Ebenso ist es nötig die Gestellung von Sonderzügen durch die Bahn zu verstärken.

Wir haben mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass eine alte GdP-Forderung offenbar immer mehr Zustimmung erfährt. So hat die erste Polizeibehörde in Nordrhein-Westfalen damit begonnen, Alkoholverbote in Zügen der deutschen Bahn bei Risikospielen durchzusetzen. Oder sollten wir nicht dem Beispiel von Privatbahnen folgen, in denen ein generelles Alkoholverbot gilt. Die Rolle des Alkoholkonsums in unserer Gesellschaft, sein gesundheitlicher, sozialer und volkswirtschaftlicher Schaden, wird immer noch verniedlicht, gemessen an dem Aufwand, dem wir der Bekämpfung anderer umwelt- oder gesundheitsschädlicher Stoffe und Verhaltensweisen angedeihen lassen. Alkohol- und natürlich auch Rauschgiftkonsum spielt bei nahezu allen Gewalttaten eine Rolle. Auch die Gewalt im Fußballgeschehen und anderer Veranstaltungen ist ohne die Bekämpfung des Alkohols nicht zu bändigen. Gerade Sport und Alkoholkonsum gehören nicht zusammen. Das sollten Veranstalter von Sportereignissen ernst nehmen, auch wenn lukrative Einnahmen aus dem Verkauf von Alkohol winken.

Ich danke für die Aufmerksamkeit

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 190